

Liebe Genossinnen und Genossen



Foto: Maik Bock

wir haben heute einen Mitgliederbrief mit ziemlich viel Kritik an der eigenen Partei bzw. an den SPD-Mitgliedern in der Bundesregierung.

Yannik und ich arbeiten uns an dem nach unserer Meinung überzogenen Sicherheitspaket der Innenministerin ab, Thomas wird eher grundsätzlich und sieht die SPD inhaltlich und personell nach über 160 Jahren vor dem Aus.

Ich teile diese Meinung nicht. Es steht uns aber gut an, ihr hier Raum zu geben. Immerhin sind wir eine Debattenpartei und leidenschaftliche, mitunter auch harte Diskussionen gehören zu unserer DNA.

Es ist trotzdem schön, dass es auch noch gute Nachrichten gibt und dazu gehört natürlich ganz besonders, dass mit Ellen Joos eine junge Genossin zur stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden gewählt wurde. Herzlichen Glückwunsch!

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Ellen Joos im Juso-Landesvorstand	2
Es ist nur noch ernüchternd	4
Keine automatisierte Gesichtserkennung	6
Maßloser Absturz?	7
OECD: Integration klappt recht gut	10
Geflüchtete und gemeinnützige Arbeit	12
Windkraft an Kaiserstuhl und Tuniberg	13
Termine	14
Impressum	15

Neben aller Bundespolitik sind wir aber immer noch als Kreisverband eher auf der kommunalen Ebene verankert. Die kommt dieses Mal vielleicht ein bisschen zu kurz. Das liegt bestimmt auch daran, dass wir in den Gemeinderäten, Kreistagen und natürlich auch in den Ortsvereinen gerade erst aus der Sommerpause zurückkommen.

Das heißt dann aber auch, dass der Herbst beginnt und die Wetterkapriolen der letzten Tage stimmen darauf ja auch ein.



Lasst uns trotz der schlechten Stimmung und der kommenden dunklen und kalten Tage den Mut nicht verlieren. Denn den brauchen wir. Nicht nur für die im nächsten Jahr anstehenden Bundestagswahlen, sondern viel mehr noch für den Kampf für unsere Demokratie und gegen eine Klimakatastrophe die einerseits immer sichtbarer wird, andererseits kaum noch thematisiert wird.

In diesem Sinne: Es kommt in diesem Land schon noch auf die Sozialdemokratie an!

Ellen Joos im Juso-Landesvorstand

von Oswald Prucker

Was für eine politische Karriere: Im Juni erst in den Schallstadter Gemeinderat gewählt und jetzt gleich als stellvertretende Vorsitzende (Juso-Sprech: Stelli) in den Juso-Landesvorstand eingezogen. Herzlichen Glückwunsch und Danke für das Interview:

Liebe Ellen, herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden in den Landesvorstand der Jusos Baden-Württemberg. Bevor wir aber dazu kommen: Erzähle doch mal ein bisschen von dir! Ich bin mir sicher, dass dich die Genoss:innen in unserem Landkreis besser kennenlernen möchten.

Gerne! Manche kennen mich vielleicht bereits als Kandidatin für Gemeinderat und Kreistag. Die Politik spielt in meinem Alltag auf jeden Fall eine zentrale Rolle. Da ich im Juni diesen Jahres erst mein Abitur absolviert habe, fängt für mich nun mein erstes Semester als Soziologiestudentin an. Neben Minijob im Bastelladen und Online-Nachhilfelehrerin gehe ich außerdem sehr gerne ins Fitness, um einen Ausgleich zu meinem sonst vollgepackten, intellektuell anspruchsvollen Alltag zu bekommen.

Abends findet man mich also meist im Gym vor. Wenn nicht, auch gerne während einem Film mit meiner Mutter und unserem Hund auf der Couch.



Du bist ja in sehr jungen Jahren in die Partei eingetreten. Was hat dich dazu bewogen und wie bist du auf die SPD gekommen?

Die Frage bekomme ich häufiger gestellt. Zunächst einmal bin ich den Jusos vor ca. 2 Jahren beigetreten. Zuerst dachte ich, dass ich durch meinen Juso-Eintritt auch automatisch der SPD beigetreten wäre. Zu dem Schluss, dass es einem offiziellen Beitritt bedarf, bin ich nach knapp einem Jahr gekommen. Zu meinem Beitritt hat mich überwiegend meine Frustration mit der aktuellen Politik bewegt: Wir brauchen mehr junge Stimmen, die in den Parlamenten gehört werden und zum jetzigen Zeitpunkt klar unterrepräsentiert sind. Vor allem in kritischen Fragen, weichen die Positionen der älteren Generationen dann doch oft von jungen Standpunkten ab. Da brauchen

wir ein besseres Verhältnis. SPD-Mitglied bin ich deshalb, weil ich mich klar mit den Grundzügen unserer Sozialdemokratie identifizieren kann: Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit. Diese Werte stehen für mich an erster Stelle.

Klar sind die Jusos jetzt deine politische Heimat aber du bist ja auch sonst noch politisch aktiv. Erzähle uns davon!

Das stimmt, für mich stehen die Jusos auf jeden Fall an erster Stelle. Bei uns Jusos Breisgau-Hochschwarzwald wurde ich letztes Jahr ebenfalls zur stellv. Vorsitzenden gewählt. Deshalb bin ich meist in unseren jungsozialistischen Themen vertieft. In meinem Amt als Gemeinderätin werde ich aber natürlich auch stets gefordert. Egal ob Waldbegang mit unserem Förster oder Klausurtagung: Es steht immer was an.

Die Vorstandsarbeit liegt nun vor dir. Was sind deine politischen Schwerpunkte für das nächste Jahr im Juso-Landesvorstand?

Wir sind ein komplett neuer und größtenteils in der Landespolitik unerfahrener Vorstand. Vor uns liegt also eine Menge Arbeit. Da Internationalismus und Feminismus für uns Jusos im Fokus stehen, möchte ich mich unter anderem auf diese Schwerpunkte konzentrieren und weiter ausbauen. Frauen machen die Hälfte unserer Gesellschaft aus und sollten deshalb auch die Hälfte des Kuchens abbekommen.

Außerdem kann es schwierig sein, eine Ansprechperson in einem so großen Landes-

verband zu finden, weshalb ich eine offene Anlaufstelle für Fragen und vertrauliche Probleme sein möchte.

Das bringt mich auch zum nächsten Punkt: **Transparenz.** Durch Stärkung unserer internen Strukturen und mehr Transparenz in unserem Landesverband, können wir unseren Verband stärker zusammenwachsen lassen. Die meisten Jusos wissen nicht einmal, was nach dem Beschluss unserer Anträge auf Landesauschüssen oder Delegiertenkonferenzen passiert oder haben Probleme, als neue Vorsitzende in die Vorstandsarbeit einzusteigen. Das muss sich ändern. Eine Möglichkeit wäre hier zum Beispiel ein Wiki, also eine Enzyklopädie, zum Klären von Begrifflichkeiten oder als Hilfestellung.

Hast du schon politische Pläne über die Juso-Zeit hinaus?

Ganz konkret natürlich nicht. Sich in der Politik zu sehr festzulegen und zu versteifen, wäre auch nicht sinnvoll. In der Politik sehe ich mich in 20 Jahren auf jeden Fall immer noch. Es wird immer etwas zu verbessern geben und somit auch etwas zu debattieren und besprechen. Das finde ich mitunter auch das Schöne an der Politik: Lange, interessante und aufschlussreiche Gespräche mit den unterschiedlichsten Menschen. Davon lebt unsere Demokratie und das treibt mich an.

Es ist nur noch ernüchternd

von Yannik König

Über sämtliche politische Spektren hinweg scheint man sich seit nunmehr Wochen einig zu sein, dass Migration das größte politische Problem aktuell sei. Friedrich Merz lässt sich zu einem Rundumschlag hinreißen, dass von den Schulen bis zu den Krankenhäusern, an eigentlich aller Misere in diesem Land, die Geflüchteten schuld seien.



Lindner spricht von „keinen Denkverboten“ und fordert, man müsse schon auch darüber nachdenken, bei Migrationsfragen das EU-Recht oder gar das Grundgesetz zu ändern. Die SPD reiht sich munter ein, setzt unsere Bundesinnenministerin doch aktuell das um, was sich vor einigen Jahren noch die rechtsextreme NPD aufs Plakat schrieb:

„Kriminalität bekämpfen – Grenzen sichern“.

Die Ampel bekommt es fertig, in einer Situation, in welcher die Zahl der Asylanträge niedrig ist wie seit Jahren nicht, rechtliche Politik zu machen als damals die CDU 2015. Wie ein aufgeschrecktes Reh rennt auf einmal, seit dem brutalen Anschlag in Solingen und den AfD-Ergebnissen im Osten, eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung rechten Forderungen hinterher und meint, damit etwas bezwecken zu können. Aber... was nur?

Meint allen Ernstes irgendwer, dass AfD-Wählende für sich, ganz objektiv und an der Realität orientiert, festgestellt hätten, Deutschland hätte ein Problem mit Migration? Surprise: Hat es nicht. Aktuelle Zuwanderungszahlen sind niedrig, sie werden im Winter weiter sinken, weil sie das immer tun. Aber gut, dass wir jetzt über den Winter die Grenzen kontrollieren.

Deutschland wird immer sicherer, das belegen Statistiken. Über 60% der 2015 Zugewanderten sind in Arbeit, würde man hier den Zugang erleichtern, wären es noch schneller noch mehr. Aber: Wenn führende Politiker in den Medien unwidersprochen wochenlang erklären können, wir hätten ein gigantisches Migrationsproblem, und man die Rechten munter hetzen lässt, dann glauben das die Menschen irgendwann.

Nachwahlbefragungen zeigen, dass unter AfD-Wählenden soziale Sicherheit gleich oder höher gewichtet wird als innere Sicherheit. Über 50% der ärmsten der Armen haben AfD gewählt, weil offenbar die AfD die Partei ist, welche am besten soziale Besserung verspricht. Was ist unsere Antwort als klassische Partei der sozialen Benachteiligten? Die Ausländer. Es sind die Ausländer.

400 000 Stimmen für die AfD in zwei Bundesländern mit 7% Gesamtbevölkerungsanteil werden auf einmal zum Volk. „Die Menschen“ wollten das jetzt so, dass es den Asylbewerbern ans Hemd geht. Dieser vermeintliche Volkswillen wird immer dann beschworen, wenn es gerade passt. Dass Christian Lindner das Grundgesetz heilig ist, wenn es um die Schuldenbremse geht ist selbstverständlich, wenn „die Menschen“ es aber so wollen, kann das Asylrecht gar nicht tief genug ausgehöhlt werden.

Eine sich immerzu streitende Regierung einigt sich innerhalb weniger Tage darauf, Asylbewerbern im Dublin-Verfahren die Unterstützung komplett zu streichen. Eine Entscheidung, bei der man nur mit gedrückten Daumen hoffen kann, dass das Bundesverfassungsgericht sie wieder ein-kassiert. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit sieht jeder sofort, der sich im Dublin-Verfahren auskennt: Diese Menschen können überhaupt nichts dafür, dass sie noch hier sind. Die große Politik bekommt

es jetzt seit fast 10 Jahren nicht hin dieses Verfahren wieder zum Funktionieren zu bringen. Die regierende deutsche Sozialdemokratie ist der Meinung, dass das jetzt die betroffene Minderheit auszubaden hat. Widerspruch bekommt sie dafür kaum. Dass Menschen in Hilflosigkeit und Not sich deutlich einfacher zum Beispiel islamistisch radikalieren, tut der Behauptung keinen Abbruch, man bekämpfe hier am Ende den Terrorismus.

Den Pfad von allem, was gut und Recht ist, haben wir als SPD beim Thema Migration endgültig verlassen. Ich würde mich sehr wünschen, dass wir wieder zu einer faktenbasierten und lösungsorientierten Vorgehensweise zurückkommen. Wir müssen nicht „Refugees Welcome“ schreien, aber zumindest Dinge tun und sagen, die auch tatsächlich so sind und dabei den Hetzereien von CDU und weiter rechts deutlich zu widersprechen statt sie zu übernehmen – das wäre ein schöner Anfang.

Keine automatisierte Gesichtserkennung

von Oswald Prucker

Ich wende mich aktuell und zurecht mit einem breiten Bündnis verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen einen Ausbau der automatisierten Gesichtserkennung. Zu diesem Bündnis gehört auch meine digitalpolitische Heimat D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt. In einem

Blogbeitrag von D64 steht dazu unter anderem: Gesichtserkennung ist der Türöffner für Massenüberwachung!



Mir fällt in diesem Zusammenhang auch ein fünf Jahre altes Video des Spiegel-Korrespondenten Bernhard Zand ein, der in Peking lebt oder damals zumindest lebte. Er hat sich mal die Mühe gemacht in seiner rund 500 Meter langen Wohnstraße die Überwachungskameras zu zählen und hat auf diese kurze Strecke 60 Stück gefunden.

Ja, der Vergleich hinkt. Deutschland ist nicht China, aber ich erinnere mich ebenfalls an einen Besuch in London, wo man auch Kameras an gefühlt jeder Ecke sieht. Man muss also gar nicht zu den Diktatoren dieser Welt schauen.

Die Argumente gegen eine massenhafte Gesichtserkennung liegen auf der Hand und ich zähle deshalb hier nur sehr kurz auf:

Die Gesichtserkennung ist eine Gefahr für die Demokratie, denn sie gefährdet unsere Freiheitsrechte, individuelle Entfaltung und politische Teilhabe. Wer überwacht wird, traut sich vielleicht nicht mehr auf die Demo.

Das Missbrauchspotential ist hoch. Siehe die letzten Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen. Eine AfD-Regierung würde sofort über solche Daten herfallen.

Die Gesichtserkennung kann umgangen werden. Wer Straftaten begehen will bindet sich halt einen Schal um oder zieht eine Mütze tief ins Gesicht.

Diskriminierung ist eine ernsthafte Gefahr. Wie so oft funktioniert diese Technik wieder mal nur für weiße Männer vernünftig. Für Frauen, Kinder und alle mit anderer Hautfarbe ist die Falscherkennungsquote recht hoch.

Ja, der Anschlag von Solingen so wie jeder andere terroristische Anschlag war grausam. Er hätte aber mit solchen Maßnahmen auch nicht verhindert werden können. Wollen wir wirklich ganz normale Freiheitsrechte aufgeben und gegen ein unbestimmtes Gefühl von Pseudosicherheit eintauschen?

Maßloser Absturz?

von Thomas Thürling

Es gibt Aussagen im Thüringer Wahlkampf, die sind an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Kevin sagt zum Beispiel in einem Kurzvideo auf Instagram:

„Wir machen in Thüringen Wahlkampf mit engagierten Ehrenamtlichen. Bei der SPD hängen die Mitglieder die Plakate auf. Bei der BSW hängen nur Plakate, weil Groß-

spender im Hintergrund alles bezahlen. Mitglieder? Fehlanzeige. Was diese Großspender politisch wollen? Wissen wir nicht.“

Altklug wird darauf hingewiesen, dass die BSW auch so viele Großspenden bekommt... und siehe da, sie werden sogar zum Plakatieren in Thüringen eingesetzt.

Mein Gott wie tief sind wir gesunken.

Mir platzt der Kragen. Ist dieses Jammern ernsthaft das, was wir noch an Kampagne rausbekommen?

Wert der Information: NULL. Neuigkeitswert: NULL. Argumente die SPD zu wählen: NULL. Transportieren der Leistungen der SPD seit der Wiedervereinigung: NULL. Kommunizieren der Leistungen der derzeitigen SPD regierten Bundesregierung, insbesondere auch für die Menschen im Osten: NULL. Irgendein Wert der Aussage: NULL.

Wann begreift die SPD, dass es nun wirklich nicht an der Anzahl der Plakate mit „Sarah Putinknecht“ hängt und wer sie bezahlt, dass wir aus den Ostparlamenten fast rausgewählt werden!?

Wann begreift diese SPD endlich, den A... hochzukriegen und die AUGEN und OHREN aufzumachen und wirksam zu kommunizieren und zu handeln!

Und zwar nicht im Klein / Klein oder für kleine, wenn auch wichtige Gruppen, son-

dern für die breite Masse und in den relevanten Themen.

Der Mehrheit der Menschen ist Wurscht, ob der Plastikdeckel an der PET-Flasche oder die Bauvorschriften für Fledermausbrücken ausreichend reguliert sind.

Den Menschen ist es völlig schnurz, wer die BSW bezahlt und wofür. Jeder der sich derzeit laut hinstellt und sagt „wir machen alles anders als die“ gewinnt. Es ist so simpel.

Warum das so ist?

Wir haben schlicht keine wirksamen und ausreichenden Antworten auf die existenziellen Fragen der Mehrheit in diesem unserem Lande!

Wir haben KEINE Idee der Zukunft, wir haben KEINE Lösungen der Krisen, wir haben KEINE Antwort auf die Ukraine, KEINE Antwort auf die Lebensmittelpreise, KEINE Antwort auf die steigende Kriminalität, KEINE Antwort auf die Rentenkrise, KEINE Antwort auf die Wohnungskrise, KEINE Antwort auf die Infrastrukturprobleme, KEINE Antwort auf die Finanzprobleme, KEINE Antwort auf die Bildungskrise, KEINE Antwort auf die falsche Migrationspolitik, KEINE Antwort auf die Wirtschaftskrise, KEINE Antwort auf die Energiewende, KEINE Antwort auf die Krisen in der europäischen Union, KEINE Antwort auf soziale Ungerechtigkeit, der Mittelstand / die breite Masse ohne Sozialleistungsanspruch verliert täglich.

Ein Kanzler, der lächelt und schweigt, reicht hier nicht!

Dazu eine Parteiführung die von „starker Regierung“ redet und völlig an den Realitäten vorbeigeht.



Und nein, die Phrasen der Plakate, Statements der Sommerinterviews oder mit dem Finger auf irgendwen anders zu zeigen sind eben keine wirksamen Antworten und wählbaren Perspektiven liebe Genossen!

Es braucht massive strukturelle Reformen in diesem Land, dagegen war die Hartz 4 Reform nur ein kurzes Vorwort.

Die wirklich elementaren Reformen fehlen weit und breit, und zwar schon im Ansatz des Verständnisses der Notwendigkeit.

Hier könnte man die CDU/ FDP/ Grüne etc. meilenweit überholen, aber nein wir lassen es liegen, wir haben ja selber keinen Plan und keinen Mut zur Wahrheit.

Wir brauchen ein anderes Rentensystem. Wir müssen den Föderalismus deutlich in

Frage stellen - im Bildungssystem, im Gesundheitswesen, in Digitalisierung der Verwaltung, in der Anzahl an Strukturen etc. Wir brauchen ein neues Bildungssystem. Wir brauchen ein neues Steuersystem. Wir brauchen ein einheitliches Sozialsystem statt dröfl Töpfe auf x Ebenen. Wir brauchen ein neues europäisches Bewusstsein und eine neue europäische Stärke und Unabhängigkeit. Wir brauchen eine neue starke Law and Order Politik mit Durchgriff auch auf Jugendliche ab 12. Wir brauchen Infrastruktur und Personal für Sozialarbeit und Gefängnisse! Wir brauchen eine durchsetzungswillige Justiz gegen Islamismus, Rassismus und Gewalt. Wir brauchen wirksame und schnelle Entbürokratisierung. Wir brauchen andere Strukturen und einen neuen Begriff von staatlichen Aufgaben (Wasser, Strom, Wärme, Internet, Wohnen, Gesundheit gehören nicht länger dem freien Markt!). Wir brauchen ein Ende der Lobbypolitik. Wir brauchen neues Vertrauen durch konsequentes Handeln und Eintreten für klare Positionen! Wir brauchen ein neues Zukunftsversprechen!

Dann bekommt man auch tragfähige Mehrheiten zurück.

Wir kommunizieren weder die umgesetzten kleinen Themen ausreichend noch, mangels Masse, irgendwelche Lösungen/ Konzepte für die Zukunft.

Ja, diese Regierung hat einige gute Gesetze auf den Weg gebracht, sie treffen aber nicht den Nerv und die Bedürfnisse der

Mehrheit der Menschen. Wir machen den Alltag nicht für alle leichter. Für einige lindern wir den Notstand, es bleibt aber Notstand!

Wir vermitteln nicht mal ein Bild, dass wir wissen, was wir als SPD wollen und das wir dabei ernst nehmen, was die Menschen bewegt, dass wir einen Plan haben. Dass wir endlich auch mal unbequeme Wahrheiten aussprechen, das machen eben dann andere. Weichspülen und Schönreden ist kein Weg!

Manches der letzten Monate erinnert mich eher an die Reden der letzten Monate des Politbüros – mit ähnlich vielen Wahrnehmungsdeltas. Vertrauen schafft sich ab, wenn man eben nicht nach dem, was man sagt, handelt:

Nein, wir schieben nicht ab. Nein, die Integration von Ukrainern und Fachkräften funktioniert nicht, (toll das wir auch noch das Budget der Integrationskurse halbieren). Nein, wir bauen keine 400k Wohnungen. Nein, die Rente ist nicht sicher nein, die Steuer- und Abgabenlast ist nicht fair. Nein, die Kitaplätze sind nicht vorhanden und nicht finanzierbar. Nein, Bildung ist nicht kostenlos. Nein, die Schulbildung ist nicht gut, Infrastruktur nicht vorhanden und Bildung ist nicht durchlässig. Nein, die Arbeitsbedingungen derjenigen die bspw. zwei Jobs brauchen werden nicht besser. Nein, die Bürokratie wird nicht weniger. Nein, die Infrastruktur wird nicht besser. Nein, die Sicherheit nimmt nicht zu. Nein,

die Justiz kommt nicht ihren Aufgaben nach. Nein, das Gesundheits- und Pflegesystem ist nicht mehr Spitze, nicht fair und nicht ausreichend finanziert. Nein, es ist nicht vermittelbar, dass wir immer mehr Gewinne (gering besteuert) privatisieren und Kosten sozialisieren (Wohnen, Gesundheit, Energie, Digitalisierung, E-Mobilität), usw. usw.

Die Menschen erleben, dass Politik sich die Schuld dafür im Kreis zuweist. Bund, Land, Kommune; eine Partei der anderen, etc.

Es fehlt allen an Balance, Mut und Kraft im Handeln!

Wir produzieren am laufenden Band Unsicherheit, Ängste und (Folge-)probleme – und sagen dennoch „wir machen eine gute und erfolgreiche Regierungsarbeit“ – das entspricht eben genau NICHT dem täglichen Erleben der Menschen!

„Wir müssen“, „wir wollen“, „wir werden“ oder gar „man muss“ reicht nicht mehr!

HANDELT! JETZT!!!! Stellt klare SPD-Positionen und klare Lösungen ins Schaufenster, ob wir regieren oder nicht. Trennt SPD und Bundesregierung voneinander!

Die Fehler der großen Koalition wiederholen wir, wir sind wieder keine Partei mit eigenem Profil, wir sind Regierungspartei, Kompromisshansel und Machtbewahrer.

Es tut mir leid, aber ich bin so unglaublich wütend, frustriert und enttäuscht über die Parteiführung und den Kanzler. Ich kann

mit diesem Zustand der SPD mir hier an der Basis den Mund fusselig reden, wir werden so niemanden mehr überzeugen. Zu vielem kann ich auch schlicht nichts mehr Positives finden und kommunizieren.

Nehmt euch Biden als Vorbild, tretet zurück, geht in die Oppositionsreha ... beendet wenigstens die Ampel, bevor es die FDP tut. Die Ampel ist am Ende, die SPD steht vor einem maßlosen Absturz ins „Sonstige“, nicht nur im Osten!

An Olaf weiter festzuhalten ist schlichte Ignoranz der Realitäten. Ich habe Führung bestellt, erhalten habe ich Chaos, Notlagen, Kleinklein und inhaltliche Leere zu den wirklich relevanten Problemen – das sage ich auch unter Berücksichtigung aller Effekte der unvorhersehbar eingetretenen exogenen Krisen und Kriege.

Die SPD verliert weiter ihr Profil. Nach 161 Jahren steht sie vor einem inhaltlichen und personellen Aus.

OECD: Integration klappt recht gut

von Oswald Prucker

Da im Moment ja die Migration parteiübergreifend die Wurzel allen Übels ist, sich alle gegenseitig mit immer neuen Ideen zur Begrenzung überbieten und ja sowieso alle Flüchtlinge Terroristen oder sonstwie krimi-

nell sind, will ich auf einen aktuellen Bericht der OECD hinweisen (pdf).

Da steht drin: Klappt gar nicht so schlecht mit diesen Migranten in Deutschland.



Ich gebe zu, ich habe den Bericht nicht komplett gelesen aber schon die Zusammenfassung zu Beginn und die Schlussfolgerungen am Ende des Berichts sind sehr lesenswert und auch die kurzen Statements zu jedem Kapitel lesen sich spannend.

Kernsatz des Berichts:

Deutschland hat in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich in Integration investiert, und diese Bemühungen scheinen sich gelohnt zu haben. Die Integrationsergebnisse sind in Deutschland im internationalen Vergleich in vielerlei Hinsicht günstig.

Tatsächlich liest man viel positives aber natürlich läuft nicht alles zu gut, wie es sein könnte. Ein paar Details:

Positiv wird hervorgehoben, dass die Erwerbstätigkeitsquote unter den Zugezogenen sehr hoch ist (ähnlich der der Einheimischen) und dass sehr viele nach fünf Jahren auch fließend Deutsch sprechen. Auch die hier geborenen Kinder der Migranten kommen in der Schule gut zurecht. Das hat sich in den letzten zwanzig oder so Jahren stark verbessert.

Probleme gibt es bei Migranten mit sehr niedrigem Bildungsabschluss. Hier klappt die Qualifizierung und auch die Sprache nicht so. Gleiches gilt für die schulischen Leistungen von Kindern, die nach Deutschland kommen. Daran könnte tatsächlich Corona schuld sein. Und auch allein erziehende Mütter mit kleinen Kindern haben es schwer. Hier geht es vor allem um Ukrainerrinnen.

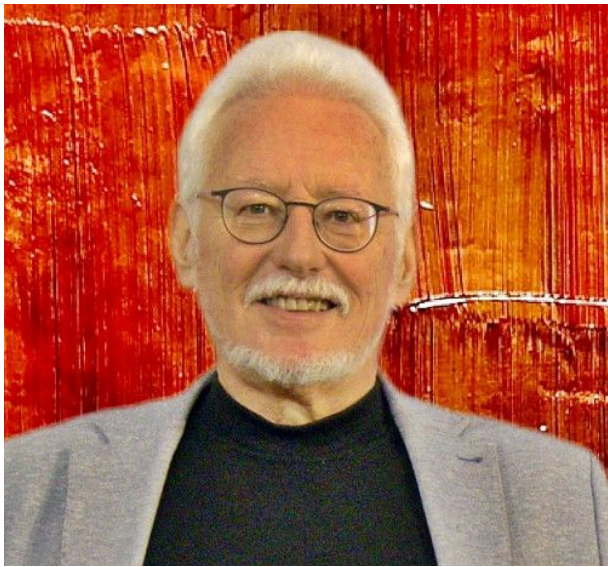
Insgesamt haben wir also schon viel erreicht und ich habe das auch selbst in den letzten Wochen erlebt. Ich war zweimal einige Tage im Krankenhaus und bin dort bestens von Menschen aus aller Herren und Frauen Länder betreut worden. Mit viel Kompetenz, Engagement und Empathie. Nun ist man ja nicht wirklich gerne im Hospital, aber das war eine sehr schöne Erfahrung.

Es ist wie immer: Die überwältigende Mehrheit derer, die sich bestens integrieren und unserem Land und unserer Gesellschaft wirklich sehr gut tun, die sieht man halt nicht.

Geflüchtete und gemeinnützige Arbeit

von Helmut Schöpflin

Den folgenden Text habe ich im Sinne eines Antrags im Eichstetter Gemeinderat vorgelesen.



1989, von heute gerechnet vor 35 Jahren, hat die Gemeinde Eichstetten ihre erste Asylbewerberfamilie mit Eltern und zwei kleinen Kindern aufgenommen und im Altweg 61 untergebracht.

Seither hat sich die Gemeinde, und unterstützt von vielen hilfsbereiten Menschen wie der Gruppe MuM (menschen unterstützen Menschen) mehrere Hundert Menschen auf ihrer Flucht in Eichstetten untergebracht und sich gekümmert – entsprechend unseren gesetzlichen und christlich/humanitären Werten.

Leider sind die Fluchtgründe in dieser friedlosen und ungerechten Welt in der Zeit seit

1989 nicht weniger geworden. Millionen Menschen sind weiterhin auf der Flucht und suchen Sicherheit, besonders auch in Europa. Unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck hat vor einiger Zeit diesbezüglich dazu geäußert: „Unsere Herzen sind weit, aber unsere Mittel sind begrenzt.“

Wir wollen weiterhin helfen, brauchen aber auch, soweit die Betroffenen dazu in der Lage sind, die Unterstützung und Mitwirkung der Geflüchteten, die damit auch ihren Willen zur Integration, Arbeitsbereitschaft und Solidarität mit unserer Gesellschaft dokumentieren können. Es gibt die rechtliche Möglichkeit, dass arbeitsfähige, aber nicht erwerbstätige volljährige Asylbewerber, nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz zur Wahrnehmung einer Arbeitsgelegenheit nach § 5, Abs. 4 Satz 1 dieses Gesetzes, unabhängig von ihrer Bleibe-Perspektive oder ihres laufenden Asylverfahrens, zu einer Arbeit verpflichtet werden können.

Ich bitte deshalb die Verwaltung:

- Festzustellen, wie viel Geflüchtete in Eichstetten potentiell für solche Arbeitsangebote in Frage kommen,
- Möglichkeiten solcher Arbeitsgelegenheiten für unsere in Eichstetten befindlichen Geflüchteten zu sondieren und
- evtl. sich mit Nachbargemeinden/Verbandsgemeinde zu einem gemeinsamen „Projekt“ abzustimmen.

Das löst nicht die allgemeine Asyl-Problematik in unserem Land, aber wir sind an einem Punkt, an dem wir vermehrt auch auf

lokaler Ebene im Rahmen unserer bestehenden Gesetze neue Wege ausprobieren und gehen müssen - auch als Signal in die Bevölkerung.

Die eingangs erwähnte Familie hat sich 1989 übrigens bald nach ihrer Ankunft in Eichstetten um einen Schrebergarten hinter der Gould beworben, diesen bebaut, sie sind Deutsche Staatsbürger geworden, wohnen seit längerem schon in einem Nachbarort, der Mann hat in der Peguform in Bötzingen gearbeitet, die Kinder haben eine Ausbildung gemacht, sind alle berufstätig und tragen als sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zum Bruttosozialprodukt unseres Landes bei.

Windkraft an Kaiserstuhl und Tuniberg

von Oswald Prucker

In einem ausführlichen Artikel hat Manfred Frietsch in der Badischen Zeitung die Frage gestellt: „Bleibt der Kaiserstuhl weiter windkraftfrei?“. Man hätte da den Tuniberg in der Überschrift mit dazuschreiben können, aber da war vermutlich kein Platz. Frietsch bezieht sich in seinem Artikel auf die Planungen des Regionalverbands Südlicher Oberrhein (RVSO) unter anderem zur Teilfortschreibung Windkraft.

Dort kann man nachlesen und so erklärt es Verbandsdirektor Wolfgang Brucker, dass Kaiserstuhl und Tuniberg aus den Planun-

gen gefallen sind, weil ersterer quasi komplett Natura-2000-Gebiet ist und am Tuniberg windkraftsensible Vögel unterwegs sind. Damit ist vermutlich der Wiedehopf gemeint.



Damit wollen sich Eichstetten, Ihringen und Merdingen aber zurecht nicht abfinden und das ist auch gut so. Alle drei Gemeinden wollen Windkraftanlagen und auf allen drei Gemarkungen finden sich Flächen, die für moderne Anlagen windhöflich genug sein könnten. Zudem sind diese Orte oft auch gut für den Bau zu erreichen und die nächste Hochspannungsleitung und die nächsten Verbraucher sind auch nicht weit. Günstige technische Voraussetzungen also.

Es ist deshalb gut, wenn Verbandsdirektor Brucker darauf hinweist, dass die RVSO-Planung naturgemäß sehr grob ist und sich durchaus lokal Möglichkeiten bieten, Windräder doch zu planen und zu bauen. Wer nicht ins 1,8%-Flächenmaß fällt, ist nicht komplett raus.

Es ist unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker vor Ort und damit auch als SPD Kaiserstuhl-Tuniberg unsere Verwaltungen in den jeweiligen Ortschaften zu unterstützen, weil das nur über die üblichen aufwändigen, langwierigen und leider auch kostspieligen planerischen Wege möglich ist. Flächennutzungsplan ändern, Umweltprüfung und so weiter.

Ebenso muss man leider damit rechnen, dass ggf. die üblichen Querdenker und Windkraftgegner der Region querschießen werden und da ist eben genau die politische Ebene als fakten- und zukunftsorientiertes Gegengewicht gefragt.


Termine, Termine




[Termine im Landkreis](#)

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

 7. Oktober und 5. November


 19:00 Uhr


 **Achtung! Nicht mehr über Zoom!**


Ab sofort über Big Blue Button, das der Landesverband dankenswerterweise kostenlos zur Verfügung stellt.

<https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mcfht-seq>


Kaiserstuhl – Tuniberg – March


 15. Oktober und 13. November


 19:00 Uhr

 Wirtshaus Perron, Bahnstraße 4, Breisach (am Bhf. Breisach)


Hochschwarzwald

 23. Oktober und 27. November


 19:00 Uhr

 Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt


Breisgau


 17. Oktober


 19:00 Uhr (Achtung: früherer Start)

 Dorfgasthof Bolando, Leimbachweg 1, 79283 Bollschweil

Neustart AG60+

 14. Oktober

 16:00 Uhr

 SPD Regionalzentrum, Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg

Wir wagen einen Neustart!

Dafür brauchen wir dich und dein Engagement, deine Ideen und deine Anregungen!

Gerne darfst du im neuen Vorstand mitwirken, aber auch gerne "nur" als Interessent*in dem neuen Vorstand zu einem starken Votum und guten Start verhelfen. Wir freuen uns in jedem Fall über


deine Teilnahme an unserer konstituierenden Versammlung.





Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommissionen sowie der Wahlleitung
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Wahlen des Vorstandes: Wahl des/der Kreisvorsitzenden; Wahl des/der stellv. Kreisvorsitzenden, Wahl des/der Schriftführer/in, Wahl der Beisitzer/innen
5. Wahl der 3 Delegierten zur AG60+ Landesdelegiertenkonferenz
6. Ausblick des/der Vorsitzenden zum künftigen Arbeitsprogramm
7. Sonstiges

Kreisparteitag im Herbst

 26. Oktober

 15:00 Uhr

 Möhlin-Halle, Am Mengener Weg 1, 79189 Bad Krozingen, Ortsteil Hausen an der Möhlin.

Bei unserem Herbstparteitag steht turnusgemäß die Neuwahl des gesamten Vorstandes an.

Anträge an den Kreisparteitag sind noch bis zum 5. Oktober möglich. Bitte an das

Regionalzentrum oder prucker@spd-bhs.de schicken.

Tagesordnung:

1. Begrüßung & Totengedenken
2. Grußworte
3. Konstituierung
4. Bericht Mandatsprüfungskommission
5. Rechenschafts- und Revisionsberichte, Aussprache
6. Entlastung der Kassiererin und des Vorstands
7. Wahlen des Kreisvorstands: a. des/der Kreisvorsitzenden, b. der vier stellvertretenden Kreisvorsitzenden, c. des/der KassiererIn, d. des/der SchriftführerIn, e. des/der PressereferentIn, f. der vier regionalen BeisitzerInnen, g. der themenorientierten BeisitzerInnen, h. der Schiedskommission, i. der KassenrevisorInnen.
8. Antragsberatung
9. Berichte von Mandatsträgern
10. Sonstiges

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, Dr. Oswald Prucker
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion:

Oswald Prucker, Tanja Kühnel
und Birte Könnecke